

Protokoll (Entwurf)

## 55. bundesweites Treffen des ABSP in Göttingen am 12.10.2013

Moderation: Hannover, ab 16.45 Uhr Halle  
Protokoll: Halle (Verlaufsprotokoll) und Kokreis

Beginn: 12.30 Uhr  
Ende: 17.30 Uhr

Teilnehmer: Ca. 15 MitstreiterInnen aus Brandenburg (Havel), Braunschweig, Fürstenwalde, Gießen, Göttingen, Halle (Saale), Hannover, Karlsruhe, Lübeck und Zeitz.

geplante Tagesordnung lt. Einladung Rundmail vom 30.09.2013  
(TOP 7 Aktuelles später um das Thema Open Uni ergänzt)

### **TOP 1 Formalia (Moderation, Protokoll), Vorstellungsrunde, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll**

#### **kurze Vorstellungsrunde mit Berichten aus den Regionen**

**Gießen**, ver.di, Rote Hilfe, Bündnis gegen Rechts

**Halle**, ver.di-BezirksEA, LandesbezirksEA, versuchte dort wiederholt die Forderung nach 10 € Lohnsteuerfrei einzubringen

**Lübeck**, offener Kanal und Internetradio [radioaktiv-luebeck.webnode.com/](http://radioaktiv-luebeck.webnode.com/)

**Hannover** (Zwei Mitstreiter)

ver.di, Die LINKE, Friedensbüro, gegen Drohnen, Montagsdemo

u. a. ver.di-BezirksEA, dort Selbsthilfe und Themen wie KdU, Bürgerarbeit, MAE's und andere Beschäftigungsmaßnahmen, berichtet über Diskussionen über bestimmte Träger- und Leiharbeitsfirmen. Die Regio-Personalagentur mit Hauptniederlassung in [Dresden](#), tritt als AV- und als Leiharbeitsfirma auf, profitiert von Vermittlungsgutscheinen und auch von (von den Erwerbslosen) selbst finanzierten Vermittlungen (in der Art, man könne ja auch nach späterer Vermittlung und Vertragsabschluss „das Ganze ja auch selber bezahlen“). Der ver.di BezirksEA versucht über die KdU und bei Aktionen im Niedriglohnsektor nicht nur mit anderen Erwerbslosen sondern VOR ALLEM mit anderen Akteuren zusammen zu kommen.

**Fürstenwalde**, ver.di BezirksEA, hat gesprochen bei der Umfairteilen- Demo in Berlin, dort nur zwei bis drei Tausend, in Bochum 12 bis 16 Tausend, Montagsdemo, berichtet von Problemen u. a. mit einer antiparlamentarischen Strömung. Der anwesende Mitstreiter ist Mitglied der Linken, die Linke ist aber der einzige Stachel im Bundestag. Ein kurzer Redebeitrag soll durch ihn am 19.10 in Berlin bei der bundesweiten Montagsdemo gehalten werden. Das Zusammenkommen aller HartzIV-Gegner ist erforderlich.

**Karlsruhe** berichtet, dass anfangs die Montagsdemo mit 400 Teilnehmern Eindruck gemacht hatte, die Moderation wurde geteilt zwischen der MLPD und den anderen gewerkschaftlichen Teilnehmern. Der berichtende Mitstreiter hatte 200 Montagsdemos angemeldet, mittlerweile findet die Montagsdemo nur noch einmal im Monat statt (10 – 15 Leute von der MLPD). In Karlsruhe gibt es noch ver.di- Erwerbslose und einen Verein zur Beratung und Unterstützung von Erwerbslosen.

**Göttingen** (Zwei Mitstreiter)

In Göttingen ist in letzter Zeit an vier Tagen - 2 Aktionstage, 2 Montagsdemos - das Flugblatt „KLARtext zu Steueroasen, für die Inhalte der Kampagne 10 € Lohnsteuerfrei (Ist-frei) verteilt worden. Das Bündnis gegen Ämterschikane läuft auf Sparflamme.

**Brandenburg**, dort bekommt man keinen Raum, in Potsdam haben die LINKEN die Montagsdemo für ihren Wahlkampf missbraucht.

**Braunschweig**

**Zeitz** (Zwei Mitstreiter)

Offener Runder Tisch Zeitz (ORTZ), Montagsdemo Zeitz, IGM, jeden Montag Montagsdemo, ca. 20 Personen durchschnittlich, monatlich eine Unterschriftenaktion, am 1. Werktag am Jobcenter, [ortz.oestliche.gefil.de](http://ortz.oestliche.gefil.de)

„Ziel ist die Beseitigung der Triebkräfte der Verschärfung der Ausbeutungsrate, das geht nicht ohne Vergesellschaftung der Produktionsmittel, das muss den Leuten klar gemacht werden, ohne Angriff der Ursachen bleibt alles nur die Behandlung der Symptome.“

#### **Tagesordnung**

Ergänzung um einen Unterpunkt Open Uni: Behandlung in TOP 7 Aktuelles beschlossen

**Protokoll** vom 10.8.2013 genehmigt

## **TOP 2            Große Koalition auf dem Rücken der Erwerbslosen? Die Bundestagswahl und ihre Folgen**

**Göttingen:** Mit dem Thema Mindestlohn in den Koalitionsverhandlungen fällt die Forderung nach der Erhöhung des Eckregelsatzes hinten runter, während die Lebenshaltungskosten weiter steigen. Die Erhöhung des Eckregelsatzes müsste neben der Mindestlohnforderung verstärkt werden. HartzIV ist noch weniger als ein Hungerlohn.

**Brandenburg:** Mit der zu erwartenden großen Koalition wird für die Menschen mit geringem Einkommen nichts Gutes herauskommen. Wir als Betroffene müssen im Rahmen der Sozialen Bewegung, die Teil der außerparlamentarischen Opposition (APO) ist, aktiv werden und uns für unsere Interessen einsetzen. Andere werden dies nicht tun.

Die Linke benötigt die Unterstützung von der Straße, damit sie etwas im Parlament erreichen kann.

**Karlsruhe:** Laut Armutsbericht der Bundesregierung liegt die Armutsgrenze bei 9,17 Euro/h. Man weiß also, dass alles darunter, selbst nach ihren eigenen Zahlen inakzeptabel ist. Und es gibt viele weitere gute Gründe für 10 Euro. Der gewollte „Unfall“ des Ausscheidens der FDP wurde gesteuert, damit die SPD in die Koalition einsteigen muss. Das dicke Ende der Krise ist erst am Kommen. Aus diesem Grunde möchte man den Widerstand in der BRD klein halten, indem mit Hilfe der SPD die Gewerkschaften still gehalten werden. Dass Die Linke Stimmen verloren hat, ist schade, aber sie ist halt nicht in der Lage, ihre eigenen Widersprüche positiv zu lösen, das schlägt immer wieder durch, und man muss halt damit leben, dass das so ist, denn es gibt auch jede Menge positive Kräfte da drin.

Eine Große Koalition wird zu unseren Lasten sein. Ob sie zustande kommt, ist aber noch unklar, vor allem wegen des offenen Ausgangs der SPD-Mitgliederbefragung – ähnliches musste Obama erleben, als die parlamentarischen Mehrheiten für den geplanten Angriff auf Syrien nicht zustande kamen. Widersprüche sind also im Parlamentarismus möglich und auch in der SPD vorhanden.

**Fürstenwalde:** Das Schlucken der Kröte Große Koalition ist gegenüber der Mitgliedschaft die einzige Alternative zum Verschwinden der SPD. Wegen des angeblichen Fehlens einer alternativen Führung in der Parteispitze der SPD steht die Mitgliedschaft so unter Druck: Wenn die Mitglieder den Koalitionsvertrag nicht akzeptieren, würden Neuwahlen stattfinden müssen, und das könnte ein Alleinregieren der Schwarzen zur Folge haben.

Die Rolle der Linken wird nun wichtig. Die Linke ist nicht der Wurmfortsatz der SPD, und wenn Leute wie Stefan Liebich weiter Träume von der SPD haben und die Linke entsprechend zurichten wollen, dann sollen sie lieber aus der Linken austreten und zur SPD gehen. Denn wenn die Linke ihr Profil nicht schärft, dann sitzen andere in den Startlöchern. Die AFD erscheint vielen wählbar. Es sind aber Nazis in Nadelstreifen.

**Halle:** Das Thema Eckregelsatz sollte nicht auf Kosten des Themas Besteuerung von Hungerlöhnen forciert werden. Unser Thema Lohnsteuerfreiheit für Mindestlöhne entlarvt das Täuschungsmanöver der CDU und der bürgerlichen Medien, angeblich möglichst niedrige Steuern zu fordern, Steuererhöhungen nicht zu akzeptieren (bei den Reichen und Besserverdienenden, was die Medien natürlich verschweigen). Obwohl die Grünen und die SPD wissen, dass 12 bis 15 € als Mindestlohn erforderlich wären, um Hungerlöhne zu verhindern, werden sie nichts für die Armen tun wollen.

Wir setzen die Linke unter Druck, die sich nicht herantraut an unsere geforderte Steueränderung.

Wir spalten mit dieser Forderung auch Teile der SPD und der Gewerkschaftsführung.

**Hannover:** Man kann sogar davon sprechen, dass wir seit vielen Jahren eine ganz große Koalition einer neoliberalen Einheitspartei mit vier Flügeln haben und so konnte es kein Wahlergebnis geben, das nicht auf Kosten der Erwerbslosen gewesen wäre.

Kein Flügel, keine Fraktion dieser Einheitspartei war für eine Abschaffung der Sanktionen, keine für die Aufhebung des Konstruks der Bedarfsgemeinschaften, keine für einen vernünftigen Eckregelsatz und keine gegen den Zwang unter Tarif Jobs anzunehmen.

Bei den Grünen gibt es im Parteiprogramm die Forderung nach einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), was sich anhört wie Bürgerarbeit, nur unbefristet. Also auch eine Ausweitung der Zwangsarbeit unterhalb vernünftiger Tarife.

Das, was an Koalitionsverhandlungen kommen wird, wird für uns keinen Unterschied machen.

Die SPD hatte schon immer eine reine Standortpolitik vertreten, eine Politik, die das nationale Kapital stärken soll und Vorteile gegenüber anderen europäischen Kapitalfraktionen bringt.

Deshalb ist es für die SPD und die Grünen ganz wichtig, dass der Mindestlohn auch weiterhin niedriger als im westeuropäischen Vergleich ist, damit die Exportfähigkeit gestärkt bleibt.

Dabei hat die SPD Teile der Gewerkschaften hinter sich (gerade im Exportbereich/ IG Metall). Wo es um die Stammebelegschaften geht, da ist sie weder gegen die Rüstungsindustrie noch gegen Niedriglöhne.

Die Propaganda, dass sich durch Wahlen etwas ändern würde, war ein bis jetzt erfolgreiches Mittel

Veränderungen zu verhindern, denn diese können nur durch eine starke APO erreicht werden (welche die Einheitspartei des Kapitals natürlich verhindern möchte).

**Göttingen:** Hartz IV ist noch weniger als ein Hungerlohn. Wenn der Eckregelsatz nicht erhöht wird, dann werden die Leute bereit sein, für jeden Lohn zu arbeiten. Wenn 10 Euro gesetzlicher Mindestlohn kommen, dann ist der Abstand zu Hartz IV noch größer. Die Eckregelsatzerhöhung tritt immer mehr in den Hintergrund. Darum müssen wir uns kümmern.

**Halle:** Wir wollen unsere Einheit zu denen herstellen, die zur Arbeit in den Hungerlöhnen gezwungen werden, und denen, deren regulär tariflich bezahlten Jobs durch die Hungerlöhne bedroht sind. Die Gewerkschaften selber machen nichts (bzw. zu wenig) für die prekär Beschäftigten. Deshalb sollten wir weiter Teile der Gewerkschaften und Parteien gerade mit den mindestens 10 € lohnsteuerfrei unter Druck setzen. Viele Kollegen innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie haben selbst Angst um ihren Job, sie benötigen unsere Solidarität.

**Göttingen:** Die mindestens 10 € lohnsteuerfrei Mindestlohnforderung ist begründet durch die alte Forderung nach 500 € Existenzminimum aus dem Jahre 2006. Unser Druck gegen die (verschärfenden) Sondergesetze in HartzIV wird steigen, wenn ein gesetzlicher Mindestlohn kommt, der über einem Stundenlohn liegt, der unterm Strich in Maßnahmen gezahlt wird. Auch die Leiharbeit und Werkverträge geraten dadurch unter Druck, die 1-€-Jobs und die Bürgerarbeit.

**Brandenburg:** Wir brauchen die Erwerbstätigen als Bündnispartner, denn nur die können streiken und dadurch richtig Druck machen. Die Mindestlohnforderung ist das verbindende Element. Wenn wir über den Mindestlohn reden, dann ist die Regelsatzforderung immer mit dabei.

### **TOP 3      Tarifvertrag in der Leiharbeit und unsere Intervention - Bilanz, Ausblick**

Der Leiharbeitstarifvertrag war ein Geschenk für das Kapital und seine Parteien im Wahlkampf. Mit diesem Vertrag und mit der damit vorgeblich geplanten Eindämmung von Werkverträgen werden nicht nur der im Wahlkampf versprochene gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 € sondern vor allem auch hart erkämpfte und zur Ruhigstellung der Belegschaften zugestandene Tarifverträge unterlaufen werden.

Der Betrag in Höhe von 8,50 € wird seine Gültigkeit durch den Vertrag erst in zwei Jahren erreichen. So halten sie ihr Wort im Wahlkampfgeschwätz von einem gesetzlichen Mindestlohn.

Und der Leiharbeitstarifvertrag gilt nur dort, wo die Unternehmen in der Tarifgemeinschaft sind. Gerade im Osten treten sie aus der Tarifgemeinschaft aus. Dadurch unterlaufen sie den tariflichen Mindestlohn. Durch Arbeit in einem anderen Tarifgebiet (Bundesland) wird dann noch der dortige Tarif unterlaufen.

Der tarifliche Mindestlohn wird zusätzlich durch unbezahlte Überstunden (Mehrarbeit) konterkariert.

Es gibt Fälle, wo die Leiharbeiter dann noch durch Arbeitgeber zusätzlich genötigt werden, auf Teile des schon geringen Entgelts zu verzichten, indem die vom Ausbeuter organisierten Fahrgemeinschaften zum Arbeitsort ihnen in Rechnung gestellt werden. Außerdem wird die Fahrzeit (selbst bei über drei bis vier Stunden) nicht vergütet.

In der DDR wurde die Auslöse bei Arbeiten an anderen Arbeitsorten zeitnah gezahlt. Die Ausgaben für Fahrten und Unterkünfte sollten von den Arbeitgebern sogar vorgeschossen werden, die derzeitige Praxis der Verlagerung dieses unternehmerischen Risikos auf die Leiharbeiter erzeugt zusätzlich Druck.

Leiharbeiter sollten außerdem einen höheren Stundenlohn bekommen als die Festangestellten (französisches Modell).

Diese Forderungen sind der Gewerkschaftsbürokratie bekannt, werden aber von ihr (im Interesse des Kapitals) bei der Formulierung und Durchsetzung von Tarifverträgen ignoriert.

Als ABSP müssen wir dies thematisieren, um unsere Forderungen von denen der dem Kapital eher opportunen Teile der Gewerkschaftsbürokratie abzugrenzen und um unsere Unterschiede bei den Forderungen nach einem für die Betroffenen sinnvollen gesetzlichen Mindestlohn und vernünftigen tariflichen Mindestlöhnen deutlich zu machen.

Der DGB betreibt eigene Leiharbeitsfirmen und hat daher ein eigenes Interesse, dass wieder ein Tarif für die Leiharbeit abgeschlossen wurde, so dass Equal Pay unterlaufen wird.

In Leiharbeit werden Arbeitskräfte verliehen und arbeiten meist zu einem deutlich geringeren Lohn als Stammbeschafteten. Leiharbeit ist moderne Sklaverei.

#### **TOP 4      Nächste Schritte für mindestens 10 Euro lohnsteuerfreien gesetzlichen Mindestlohn**

Illusionslos bezüglich des Parlamentarismus sollten wir versuchen diesen auszunutzen. Wenn die Linken im Bundestag eine Initiative einbringen wollen für die beiden Forderungen, für die wir seit 2006 kämpfen, 10 € und 500 €, dann sollte es auch eine Aktivität von uns dazu geben.

Diese Initiative möchte die anderen Parteien noch vor einer Bindung durch einen Koalitionsvertrag vorführen. Abgesehen von dem „Schönheitsfehler“ (Fehlen der Lohnsteuerfreiheit) in den Forderungen sind das unsere Forderungen und die bundesrepublikanische Realität ist von diesen Zahlen weit entfernt. In diesem Falle macht es unsererseits sehr wohl Sinn hier einzuhaken, da der Konstituierung des Bundestages und vor einer Koalitionsbildung die Fraktionen noch vertragsfrei sind.

Auch weil unsere Forderungen schon längst überfällig sind. Aber auch, dass wir zusätzlich deutlich die Lohnsteuerfreiheit von Mindestlöhnen fordern.

Nächste Schritte - nichts zu unternehmen und nur beobachten, bis dass die Geschäftsordnungsinitiative abgelehnt wird, wäre etwas wenig, wenn dieses Prozedere im Bundestag gerade unser Thema bearbeitet. Eine heutige Erklärung würde Sinn machen. <sup>1</sup> (Fußnote)

Es wurde beschlossen, dass eine entsprechende Erklärung als Presseinfo vorbereitet wird.

Wie weiter? Unterschriften sammeln und argumentieren, welche Vorteile (mindestens) 10 € Ist-frei bringen (würden).

Weiter Unterschriftenaktionen vor dem Jobcenter. Plädoyer für eine Rundmail.

Wir müssen die Parlamentarier, die Parteien spalten. Es gibt in der SPD auch Vertreter, die ein linkes bzw. ein halbwegs soziales Gewissen haben. Gerade die neuen Parlamentarier könnten wir beeinflussen.

Die Initiative dient dazu, die anderen vorzuführen, weil man sicher sein kann, die anderen gehen nicht darauf ein.

Trotzdem ist es richtig. In lebendiger Demokratie jenseits von Koalitionen könnten sich die Parlamentarier für 10 € entscheiden und wir fordern die Lohnsteuerfreiheit zusätzlich. Man darf sich aber andererseits keiner Illusion hingeben, dass dabei etwas heraus kommt.

Bezüglich des Ansinnens der geplanten Initiative und der schon spürbaren Aktivitäten würden wir uns dagegen unglaublich machen, wenn wir hier nichts unternehmen.

Das Einfachste ist, diese Initiative zu unterstützen mit unserem Hinweis auf die fehlende Lohnsteuerfreiheit (z. B. durch Verteilen der Erklärung vor dem Parlament).

#### **TOP 5      Was ist die Antwort der Sozialproteste? ***„Stell mich an, nicht ab“ sagen Caritas, Arbeiterwohlfahrt, der Paritätische Wohlfahrtsverband, das Rote Kreuz, die Diakonie und die jüdischen Gemeinden in einer neuen Aktion (siehe z. B.: <http://bit.ly/rqa-caritas>).*** ***„Dieses Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik spare auf Dauer Kosten, die Folgekosten werden sinken.“*****

In Berlin haben die Tafeln (Bundesverband der Tafeln) in den Räumlichkeiten von ver.di ein Büro. Das Band zwischen SPD und ver.di ist zwar stark, aber dennoch machen die NGG und ver.di derzeit schon den meisten Druck für einen gesetzlichen Mindestlohn.

Der Chef der deutschen Tafeln, der immer noch ver.di- Funktionär ist, war Anfang der Neunziger für die SPD im Bundestag. Dass die Tafeln ihr Büro in ver.di haben, das ist nicht verwunderlich, da ver.di nur formal die Tafeln kritisiert aber nicht systematisch verurteilt. Dagegen ist unsere Kritik an den Tafeln fundamental.

Deutschland wird zum Stiftungsstaat, die Stiftungen bestimmen die Richtung und nicht die Freiwilligen (mit ihrem „Ehrenamt“).

Die Wohlfahrtsverbände leben von der Armut. Und wird die Armut bekämpft, dann haben sie Angst um ihre Existenz. Sie sind die letzten, die von ihrer Interessenlage her die Armut endgültig bekämpfen wollen.

Auch in den Behindertenwerkstätten wird zunehmend die Forderung nach einem vernünftigen Mindestlohn laut. Die Arbeit in diesen Werkstätten hat nichts mit Würde und Moral zu tun.

---

<sup>1</sup> Anmerkung Protokollant (Halle): Wir wollen zwar gesetzliche Veränderungen, wir sollten uns aber nicht an die Gesetzgeber richten, dies wäre eine Aufwertung des Parlamentarismus. Dort sind nicht unsere Partner, dort sind unsere Feinde. Wir sollten uns keiner Illusion hingeben, die wollen weder einen gesetzlichen Mindestlohn noch eine spürbare Erhöhung des Regesetzes. Die wollen prekäre Beschäftigung und Leiharbeit, die andere Tarife unterlaufen und die Positionen der Gewerkschaften schwächen.

Sie erhalten eine Grundsicherung, was man mit ihnen dort macht ist menschenverachtend. Die Menschen in den Berliner Werkstätten arbeiten nicht freiwillig (sondern für die ihnen eigentlich so schon zustehende Grundsicherung).

Wenn wir für einen Mindestlohn kämpfen, dann müssen wir für die Interessen der Behinderten kämpfen. Selbst linke Politiker trauen sich nicht an das Thema Kritik der Vergütung der Arbeit in den Behindertenwerkstätten heran.

Behinderte (müssen) arbeiten, um eine vernünftige Rente zu bekommen, unsere Forderung müsste sein, sie müssen eine vernünftige Rente bekommen, weil sie teilweise von Geburt an behindert sind, und dann noch anständig entlohnt werden, wenn sie zusätzlich auch noch arbeiten.

[http://www.rga-online.de/rga\\_100\\_110401580-2- Caritas-und-Co-werben-fuer-einen-neuen-Blick-auf-Langzeitarbeitslose.html](http://www.rga-online.de/rga_100_110401580-2- Caritas-und-Co-werben-fuer-einen-neuen-Blick-auf-Langzeitarbeitslose.html)

„Also nicht passiv kassieren, sondern aktiv erarbeiten.“ das ist Workfare.

„Dieses Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik spare auf Dauer Kosten, die Folgekosten werden sinken.“

Unsere Antwort:

Alles was da in dieser Weise Kosten spart wird, wird am Schluss auf unsere Knochen gehen.

Natürlich ist es so, sie kümmern sich um was, das ist ja in Ordnung, aber mit dieser Zielsetzung kommt es falsch raus.

Seit dem Einsparungsprogramm von von der Leyen sieht sich die Trägermafia in ihren Verdienstmöglichkeiten beschränkt. In Niedersachsen wies die Diakonie exemplarisch auf die Zukunft ihrer Jugendwerkstätten hin. Berichtet wurde aber von Scheinausbildungen, Fahrradwerkstätten, halbes Jahr 1€ Job's mit abschließendem Papier, wo die Teilnahme bestätigt wird.

Sie tun so, als würden sie etwas für die Jugendlichen tun, in Wirklichkeit aber kassieren sie nur die Fördermittel ab und sind ein Teil der Sanktionsmaschine von HartzIV.

Die Wohlfahrtsverbände leben von der Armut. Die Treberhilfe in Berlin ist ein exemplarisches Beispiel.

Die Allgemeinheit und die Hilfebedürftigen selber sind zwar der Meinung, dass Tafeln helfen.

Wir sind weder gegen die Leute, die zu den Tafeln gehen, noch gegen diejenigen, die dort Hilfe leisten.

**Wir wollen eine Gesellschaft, wo Tafeln nicht mehr erforderlich sind!**

Es gibt eine Aktion des Ministeriums für Verbraucherschutz und diese Aktion „zu gut für die Tonne“ wird von uns kritisiert. Beamte können die Situation bei den Armen nicht einschätzen.

Die Einschätzung des Ministeriums gehört selber in die Tonne. <https://www.zugutfuerdietonne.de/app/>

Gegen den Spruch „[Stell mich an und nicht ab](#)“ hätten wir als ABSP eine wesentliche Ergänzung:

„Stell mich an und bezahl mich auch Existenz sichernd!“

Der Staat hat die Wohlfahrtsverbände mit finanziellen Mittel ausgestattet und sie bezahlen ja teilweise auch „Existenz“ sichernd (z. B. durch Bürgerarbeit).

Aber nur in Höhe von HartzIV!!

„Bezahl so, dass wir nicht aufstocken müssen!“ wäre also noch zu wenig gefordert.

„Bezahl mich/uns mit (mindestens) 10 € Mindestlohn!“

Die Würde des Menschen ist unantastbar, sowohl die derjenigen, die zur Tafel gehen müssen, wie auch derjenigen, die dort Hilfs- und Lebensmittel verteilen.

Auch die Würde der Niedriglöhner soll unantastbar werden.

Unsere Antwort sollte deshalb heißen:

**„Stell mich an und bezahl uns mit (mindestens) 10 € Mindestlohn lohnsteuerfrei!“**

Die Wohlfahrtsverbände, die die Tafeln betreiben, sollen die Arbeitskräfte richtig bezahlen!

Derzeit herrscht dort Ausbeutung und diese gefährdet nicht nur die dortigen Arbeitsplätze, sondern zwingt noch weitere Leute an die Tafel.

Die Tafeln stabilisieren das HartzIV-System. Sie sind eine Ausgeburt der Ausbeutungsgesellschaft.

Es geht nicht um die Tafeln, sondern es geht um die Wohlfahrtsverbände.

Sie geben vor, den Erwerbslosen eine Chance zu geben, aber in Wirklichkeit geht es um die Einsparung ihrer Kosten und um mehr Gewinn

(und um mehr staatliche Förderung für ihre Unternehmen – sprich für mehr Subventionen, um am Sozialmarkt auf Kosten ihrer Konkurrenten expandieren zu können.)

Es geht auch natürlich um die Verdrängung regulärer Jobs in ihren Unternehmen, was sie keinesfalls zugeben würden.

Ein Mitstreiter aus Göttingen wird einen Entwurf für ein Schreiben des Kokreises an die Wohlfahrtsverbände in NRW machen.

Sinnvoll wäre nicht nur ein Dreizeiler sondern auch zusätzlich eine Expertise (und sei es nur eine

Schmähschrift).

#### **TOP 6            Katholikentag 2014 – Aktionen der Erwerbslosen?**

Es wäre schon sinnvoll, denn genau dort sind unsere Ziele mindestens 10 € und 500 € angebracht zu propagieren.

Ein lang geplantes Kurzprogramm von nur ein paar Stunden nur an einem Tag bringe mit Sicherheit keinen Erfolg. Die Anreise wäre zu lang.

Wir sollten Flugblätter dort schon verteilen. Wir sollten nicht um die Erlaubnis einer Teilnahme unter vom Veranstalter uns aufgezwungenen Verhaltensregeln bitten.

Die Entscheidung über eventuelle Aktivitäten im Rahmen des Katholikentages sollte offen gehalten werden. Sowohl Möglichkeiten für Anreise und Unterkunft sollten eruiert werden als auch inhaltliche Ansatzmöglichkeiten. Besonders das Thema mindestens 10 Euro lohnsteuerfreier Mindestlohn und 500 Euro Eckregelsatz sollte eingebracht werden. Mehreren Anwesenden ist darüber hinaus die Thematisierung der Leiharbeit auf dem Katholikentag wichtig.

#### **TOP 7            Aktuelles**

##### **Open Uni in Göttingen**

Eine Veranstaltung des ABSP am 30.11.2013 mit einer Vorstellung der Ziele des ABSP wird vorbereitet.

**Nächstes Treffen im Dezember** spätestens am 2. oder 3. Advent (7.12. oder 14.12.) in Magdeburg avisiert.